

Ersteinst täglich
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 80 Pf.,
vierteljährlich 2.40 Mk.,
halbjährlich 4.50 Mk.,
jährlich 8.50 Mk.,
pro Nummer, frei ins Haus.
Durch die Post bezogen,
kostet monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 30 Pf.

„Die Neue Welt“
Hilfsverlagsgesellschaft,
durch die Post nicht be-
tragbar, kostet monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Scheidtstr. 10.
Verantwortl. Redakteur:
Friedrich Kautzke.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühren
nachst. für die gewöhnliche
Zeitung aber keine Nacht
50 Pfennig.
Für aussergewöhnliche Anzeigen
30 Pfennig.
Im rekognoskanten Blatt
kostet die Zeile 75 Pfennig.

Interate
für die halbe Nummer
müssen spätestens bis zum
1. September 10 Uhr in der
Redaktion ankommen
sein.

Erhalten in die
Postzeitungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weissenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Gegen Lebensmittelwucher und Absolutismus!

Besucht die Volksprotest-Versammlungen am Donnerstag abend 6 1/2 Uhr in unüberschaubaren Massen!

Wilhelm II. „sammelt“. Eine Kaiserrede für den Wahlkampf.

Eine Rede Wilhelms II. folgt jetzt der andern. Verländert er in Königsberg sein Gottesgnadentum und betont er seine Mission als ausserwähltes Instrument des Himmels, so hat er in Marienburg, dem Wahlkreise des berühmten Herrn v. Oldenburg-Jansschau, zu den wehrpflichtigen Agariern gesprochen und...

Sammelpolitik der Parteien
empfohlen. Da von dem aufstrebenden Landbauer Hofmann Holzweg die Wünsche seines Herrn als Weisheit aufgelesen werden, so weiß man, daß die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen wieder mit dem alten „bewährten“ „Sammelruf aller nationalen Parteien“ betriegt und be-siegt werden soll. Wir gratulieren.

Da die Sammel-Rede Wilhelms II. von den „nationalen“ Vätern bereits als politischer Kriegsruf ausgeschlachtet wird, gehen wir hier die entscheidenden Stellen wieder. Wilhelm sagte:

Die großherzogliche Deutsche Tageszeitung möchte am liebsten den Sammelruf sofort praktische Ausführung für die Reichstagswahlen lassen. Das Blatt schreibt:

„Man redet jetzt so viel von der Notwendigkeit der Sammlung. Was der Kaiser in Königsberg und in der Marienburg gesagt hat, das könnte recht wohl ein Sammelruf sein: „Kriegsgelübt, aber friedfertig! Friede zwischen den Stämmen, den Ständen und den Völkern!“ Gemein-same Arbeit aller Stände und Gruppen im Dienste des Vaterlandes! Für Deutschland, für das Gottesgnadentum des Königs und jedes einzelnen, für das Christentum, das mit dem Teufelsteine unlosbar verbunden ist!“ Sollte es nicht möglich sein, daß das preussische und das deutsche Volk sich unter diesem Banner zusammenfände, sich sammelte und einigte zu gemeinsamer Tat und gemein-samer Arbeit?“

Wird schon werden! Die Liberalen werden sich schon ver-föhnen lassen, wenn sie von der Sozialdemokratie hart bedrängt werden. Und der Weizsäcker der Sozialdemokratie kommt durch jede neue Kaiserrede immer höher ins Alkoholen. ...

Wilhelm II. hat seine erhabene Rede von den ausserwähl-ten Instrumenten des Himmels, als welche er sich und seinen Großvater bezeichnete, in Marienburg dahin ergänzt, daß ebenjotig wie er selbst „unter der höchsten Obhut und dem höchsten Auf-sicht unseers Herrn und Gottes“ arbeite, dies auch jeder andere christliche Christ „sinn“, „er sei wer er sei“. Also, wenn auch Wilhelm II. selbst das ausserwählte Instrument des Himmels ist, so gibt es doch in Deutschland außerdem noch eine ganze Menge minder vornehmer Himmelsinstrumente. Aber wie sie herausfinden? Sider ist zunächst, daß Weizen, Juben, Kon-sessionslose und andere erklärte Nichtchristen aus der himm-lischen Instrumenten-Sammlung von vornherein ausscheiden. Nur die Christen kommen in Betracht, und von diesen wieder nur die „ehrlichen“.

Im Wahlkreise dieses Abgeordneten, des Herrn v. Oldenburg, hielt Wilhelm seine Rede für „christlich-agrarische Sammelpolitik“. Der kommende Marsch deutscher Reichspolitik ist an bezeichnender Stelle eingeleitet worden.

Nur könnte man sich nahe stellen und fragen, was denn ein ehrlicher Christ ist. Auf dem letzten Weltkongreß für freies Christentum sind ja protestantische Theologen in Scharen auf-getreten, die erklärten, die sozialdemokratische Politik sei das heile und ehrliche Christentum.

Der Kaiser selber hat in der Entfesselung der Sozialdemo-kratie geradezu den Willen Gottes, und auch der katholische Pfarrer Kohl verhielt sich bei einer anderen Gelegenheit, die Sozialdemokratie sei von Gott geschaffen, um einen neuen Kulturkampf zu verhindern. Das Christentum Wilhelms II. hat aber mit solchem „Christentum“ nichts zu schaffen, es ruht vielmehr völlig auf dem Boden jener Anschauung, die der bairi-sche Pentamestrikhof v. Senle in die bekannten Worte zusam-menfaßt: „Wer Anrecht hat, soll Anrecht bleiben.“

Am Reichstag dieses Christentums, das „vom Teufelsteine un-zerrenbar“ ist, will Wilhelm II. den Handwerker, den Kauf-mann und den Landwirt stellen. Die Parteien und die Kon-fessionslosen vereinigen, um die Schwierigkeiten, die sich uns entgegen-tun, zu überwinden.“

Das in diesem deutschchristlichen Bund zur Ver-sämpfung der Sozialdemokratie der „Landwirt“, des „Agrarier“, die Führung haben muß, ist nach allem, was Wilhelm II. sagt, ganz selbstverständlich, verleiht er doch, daß „ich mich ganz besonders stolz und glücklich fühle, daß ich auch als Gutsbesitzer unter Jüden residieren und mit Jüden alle Freuden und Sorgen des Landwirts empfinden kann.“ Die Landwirtschaft in großen nebst Vorkommnissen besteht eben immer noch das vornehmste Gewerbe. Der Landwirt denkt, daß Wilhelm II. der das nebetend. A. auch Kon-zernfabrikant ist, in eine Verfassung von Konzernfabri-anten geht und dort verweilt, er fülle ich „heut und glück-lich, auch ein Konzernfabrikant zu sein.“ Also „deutsch“, „Chri-stlich“ und „agrarisch“ ist die Sammelpolitik, die Wilhelm II. predigt. Armer Liberalismus, armer Handwerker!

Einfammung der Schwarzen.

Die Königsberger Rede soll nach Hofmann „sein Regie-rungsakt“ gewesen sein. Die Marienburger Rede, durch die sich Wilhelm II. auf das Programm des Schwarzblauen Wochs verpflichtet, ist aber einer, deren die Volk recht hat, die auch noch andere recht interessante Entschlüsse macht, indem sie folgende:

Wir dürfen annehmen, daß dies nicht nur der persönlichen Stimmung Wilhelms II. in jenem Augenblick entspricht, son-derm daß daraus das politische Programm des Reichstages spricht. Wir waren ihm früher in der Lage, darauf hinzuweisen, daß Hofmann selbst eine Sammlung der nationalen Parteien erstrebt zum Behen des Vaterlandes und zur Verstäkung des Imperiums. Wie weit eine Mitwirkung des Zentrum hierbei in Betracht kommt, entzieht sich noch unserer Kenntnis. Jedenfalls aber dürften die Redungen aus Augsburg, monach im August-uberweien von einem gemeinsamen Kampfe aller bürge-rlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie „gesprochen werden“ ist, nicht ohne Unterlage sein.

Das ist ein recht interessantes Zeichen der Zeit, das die futurkompetente und scharfsinnige Wort des Augustinus-verein auf den Spuren des Reichsoberhaupt der Sozialdemo-kratie Ja, die Welt ist rund und muß sich drehen. In einer Weile wird der Augustinusverein auch da sein, wo der Reichs-verband jetzt ist.

„Christlich“ gegen liberal.
Die Marienburger Rede Wilhelms II. ist nicht nur ein Sammelruf gegen die Sozialdemokratie, sondern auch eine scharfe Kriegserklärung gegen den Liberalismus. Bekanntlich teilt Wilhelm II. die deutschen Reichsange-börigen in zwei Gruppen ein, von denen die eine gleich ihm aus himmlischen Instrumenten besteht, die andere aber aus Weiden, die seine rechten Deutschen und seine christlichen Christen sind. Nun ist die Unabhängigkeit des Staatsbürgerrechts vom religiösen Bekenntnis der oberste Grundsatz des Liberalismus, der auch in der preussischen Verfassung zum Ausdruck gelangt ist. Wilhelm II. revidiert aber die preussische Verfassung nach rückwärts, indem er allen Deutschen, die nicht echte Christen in seinem Sinne sind, die Gleichwertigkeit mit den deutsch-christlichen Himmelsinstrumenten abspriht. Trotzdem ist der Protest der Berliner liberalen Presse gegen diese völlige Negation liberaler Grundfälle bis jetzt recht schwachmächtig. Nur die Volk. Zg. rafft sich zu einem Protestartikel auf, der in der Feststellung gipfelt:

Es ist ein recht interessantes Zeichen der Zeit, das die futurkompetente und scharfsinnige Wort des Augustinus-verein auf den Spuren des Reichsoberhaupt der Sozialdemo-kratie Ja, die Welt ist rund und muß sich drehen. In einer Weile wird der Augustinusverein auch da sein, wo der Reichs-verband jetzt ist.

Wir sollen in brüderlicher Liebe zusammenhalten, die Kon-fessionslosen und die Stämme. Es sollen die Stämme und die Berufsgruppen die Hände ineinander schlagen zu ge-meinsamer Arbeit, zur Erfüllung der höchsten Notwendig-keiten. Der Landwirt schlage in die Hand des Kaufmanns ein, dieser in die Hand des Industriellen. Der Jugendige einer Partei ergreife die Hand des Anderergeraten, wenn es darauf ankommt, Großes für unser Vaterland zu leisten. Das ist hier von Jüden zu bezeichnen werde, das verbringt mit die Meinung der Weizsäcker.

Der Philosoph von Cambrani war ein ebenbürtiger Schüler Christi wie Immanuel Kant, und Goethe nannte sich einen „desbierten (ausgesprochenen) Nichtchristen“. Und das wird man ihnen, und mit ihnen ungeliebten Gehör zuhren und höchsten Bürgern nicht füglich das Deutschland ab-sprechen wollen.

Singen gibt es andere liberale Blätter, die finden, Wil-helm II. habe, indem er die christlichen Christen gleichfalls zum Rang von Himmelsinstrumenten erhob, seine Königsberger Gottesgnadenrede abgeschrieben! Das sieht in seinem Wigtal, sondern in verschiedenen „ernsten“ liberalen Zei-tungen.

„Christlich“ gegen liberal.
Die Marienburger Rede Wilhelms II. ist nicht nur ein Sammelruf gegen die Sozialdemokratie, sondern auch eine scharfe Kriegserklärung gegen den Liberalismus. Bekanntlich teilt Wilhelm II. die deutschen Reichsange-börigen in zwei Gruppen ein, von denen die eine gleich ihm aus himmlischen Instrumenten besteht, die andere aber aus Weiden, die seine rechten Deutschen und seine christlichen Christen sind. Nun ist die Unabhängigkeit des Staatsbürgerrechts vom religiösen Bekenntnis der oberste Grundsatz des Liberalismus, der auch in der preussischen Verfassung zum Ausdruck gelangt ist. Wilhelm II. revidiert aber die preussische Verfassung nach rückwärts, indem er allen Deutschen, die nicht echte Christen in seinem Sinne sind, die Gleichwertigkeit mit den deutsch-christlichen Himmelsinstrumenten abspriht. Trotzdem ist der Protest der Berliner liberalen Presse gegen diese völlige Negation liberaler Grundfälle bis jetzt recht schwachmächtig. Nur die Volk. Zg. rafft sich zu einem Protestartikel auf, der in der Feststellung gipfelt:

Diese Rede Wilhelms II. ist ein deutlicher Ruf zur Samm- lung aller „Stämme“ und aller „Parteien“, der von dem un-schuldigen Herrn Hofmann nicht wieder als „persönliches Ge-fühlswort in religiösen Dingen“ entschuldigt werden kann, son-derm ein klar ausgeprägter politischer Akt der Krone ist.

Der schwarzblaue Woch ist sich auch sofort darüber einig. Die Schwarzen jubeln und die Weizen triumphieren. Das Berliner Zentrumslblatt, die Germania ruft erfreut:

Wir haben zu diesen schönen Worten im Grunde weiter nichts zu bemerken, als daß wir alles rückhaltlos unterstützen.

Genau so begeistert ist das antikemistische Organ des Chan-gelischen Bundes, die „Los von Rom!“-Wucherin = Tägliche Wundschau:

„Das in diesem deutschchristlichen Bund zur Ver-sämpfung der Sozialdemokratie der „Landwirt“, des „Agrarier“, die Führung haben muß, ist nach allem, was Wilhelm II. sagt, ganz selbstverständlich, verleiht er doch, daß „ich mich ganz besonders stolz und glücklich fühle, daß ich auch als Gutsbesitzer unter Jüden residieren und mit Jüden alle Freuden und Sorgen des Landwirts empfinden kann.“ Die Landwirtschaft in großen nebst Vorkommnissen besteht eben immer noch das vornehmste Gewerbe. Der Landwirt denkt, daß Wilhelm II. der das nebetend. A. auch Kon-zernfabrikant ist, in eine Verfassung von Konzernfabri-anten geht und dort verweilt, er fülle ich „heut und glück-lich, auch ein Konzernfabrikant zu sein.“ Also „deutsch“, „Chri-stlich“ und „agrarisch“ ist die Sammelpolitik, die Wilhelm II. predigt. Armer Liberalismus, armer Handwerker!

Wilhelm II. verleiht schließlich, er sei überzeugt, daß er in Weizsäcker richtig verstanden wird, dafür bürgt ihm die Gesinnung der Weizsäcker. Diese Überzeugung ist nicht ganz unbegründet. Denn von den breiszehn Reichstagsabgeord-neten der Weizsäcker-Weizsäcker sind sechs konfessionell, vier sind preussische konfessionelle Handwerker, zwei sind national liberal und einer freikämmerlich. Einen sozialdemokratischen Abgeordneten gibt es in diesem gelobten Land überhaupt nicht. Dafür sind unter den „nationalen Abgeordneten die Herren v. Oldenburg-Jansschau und v. Camp vertreten. Daß Wilhelm II. von diesen Herren verstanden wird, ist be-greiflich.

„Christlich“ gegen liberal.
Die Marienburger Rede Wilhelms II. ist nicht nur ein Sammelruf gegen die Sozialdemokratie, sondern auch eine scharfe Kriegserklärung gegen den Liberalismus. Bekanntlich teilt Wilhelm II. die deutschen Reichsange-börigen in zwei Gruppen ein, von denen die eine gleich ihm aus himmlischen Instrumenten besteht, die andere aber aus Weiden, die seine rechten Deutschen und seine christlichen Christen sind. Nun ist die Unabhängigkeit des Staatsbürgerrechts vom religiösen Bekenntnis der oberste Grundsatz des Liberalismus, der auch in der preussischen Verfassung zum Ausdruck gelangt ist. Wilhelm II. revidiert aber die preussische Verfassung nach rückwärts, indem er allen Deutschen, die nicht echte Christen in seinem Sinne sind, die Gleichwertigkeit mit den deutsch-christlichen Himmelsinstrumenten abspriht. Trotzdem ist der Protest der Berliner liberalen Presse gegen diese völlige Negation liberaler Grundfälle bis jetzt recht schwachmächtig. Nur die Volk. Zg. rafft sich zu einem Protestartikel auf, der in der Feststellung gipfelt:

Da die Sammel-Rede Wilhelms II. von den „nationalen“ Vätern bereits als politischer Kriegsruf ausgeschlachtet wird, gehen wir hier die entscheidenden Stellen wieder. Wilhelm sagte:

Die großherzogliche Deutsche Tageszeitung möchte am liebsten den Sammelruf sofort praktische Ausführung für die Reichstagswahlen lassen. Das Blatt schreibt:

„Man redet jetzt so viel von der Notwendigkeit der Sammlung. Was der Kaiser in Königsberg und in der Marienburg gesagt hat, das könnte recht wohl ein Sammelruf sein: „Kriegsgelübt, aber friedfertig! Friede zwischen den Stämmen, den Ständen und den Völkern!“ Gemein-same Arbeit aller Stände und Gruppen im Dienste des Vaterlandes! Für Deutschland, für das Gottesgnadentum des Königs und jedes einzelnen, für das Christentum, das mit dem Teufelsteine unlosbar verbunden ist!“ Sollte es nicht möglich sein, daß das preussische und das deutsche Volk sich unter diesem Banner zusammenfände, sich sammelte und einigte zu gemeinsamer Tat und gemein-samer Arbeit?“

Wird schon werden! Die Liberalen werden sich schon ver-föhnen lassen, wenn sie von der Sozialdemokratie hart bedrängt werden. Und der Weizsäcker der Sozialdemokratie kommt durch jede neue Kaiserrede immer höher ins Alkoholen. ...

Wilhelm II. hat seine erhabene Rede von den ausserwähl-ten Instrumenten des Himmels, als welche er sich und seinen Großvater bezeichnete, in Marienburg dahin ergänzt, daß ebenjotig wie er selbst „unter der höchsten Obhut und dem höchsten Auf-sicht unseers Herrn und Gottes“ arbeite, dies auch jeder andere christliche Christ „sinn“, „er sei wer er sei“. Also, wenn auch Wilhelm II. selbst das ausserwählte Instrument des Himmels ist, so gibt es doch in Deutschland außerdem noch eine ganze Menge minder vornehmer Himmelsinstrumente. Aber wie sie herausfinden? Sider ist zunächst, daß Weizen, Juben, Kon-sessionslose und andere erklärte Nichtchristen aus der himm-lischen Instrumenten-Sammlung von vornherein ausscheiden. Nur die Christen kommen in Betracht, und von diesen wieder nur die „ehrlichen“.

Nur könnte man sich nahe stellen und fragen, was denn ein ehrlicher Christ ist. Auf dem letzten Weltkongreß für freies Christentum sind ja protestantische Theologen in Scharen auf-getreten, die erklärten, die sozialdemokratische Politik sei das heile und ehrliche Christentum.

Der Kaiser selber hat in der Entfesselung der Sozialdemo-kratie geradezu den Willen Gottes, und auch der katholische Pfarrer Kohl verhielt sich bei einer anderen Gelegenheit, die Sozialdemokratie sei von Gott geschaffen, um einen neuen Kulturkampf zu verhindern. Das Christentum Wilhelms II. hat aber mit solchem „Christentum“ nichts zu schaffen, es ruht vielmehr völlig auf dem Boden jener Anschauung, die der bairi-sche Pentamestrikhof v. Senle in die bekannten Worte zusam-menfaßt: „Wer Anrecht hat, soll Anrecht bleiben.“

Am Reichstag dieses Christentums, das „vom Teufelsteine un-zerrenbar“ ist, will Wilhelm II. den Handwerker, den Kauf-mann und den Landwirt stellen. Die Parteien und die Kon-fessionslosen vereinigen, um die Schwierigkeiten, die sich uns entgegen-tun, zu überwinden.“

Das in diesem deutschchristlichen Bund zur Ver-sämpfung der Sozialdemokratie der „Landwirt“, des „Agrarier“, die Führung haben muß, ist nach allem, was Wilhelm II. sagt, ganz selbstverständlich, verleiht er doch, daß „ich mich ganz besonders stolz und glücklich fühle, daß ich auch als Gutsbesitzer unter Jüden residieren und mit Jüden alle Freuden und Sorgen des Landwirts empfinden kann.“ Die Landwirtschaft in großen nebst Vorkommnissen besteht eben immer noch das vornehmste Gewerbe. Der Landwirt denkt, daß Wilhelm II. der das nebetend. A. auch Kon-zernfabrikant ist, in eine Verfassung von Konzernfabri-anten geht und dort verweilt, er fülle ich „heut und glück-lich, auch ein Konzernfabrikant zu sein.“ Also „deutsch“, „Chri-stlich“ und „agrarisch“ ist die Sammelpolitik, die Wilhelm II. predigt. Armer Liberalismus, armer Handwerker!

Wilhelm II. verleiht schließlich, er sei überzeugt, daß er in Weizsäcker richtig verstanden wird, dafür bürgt ihm die Gesinnung der Weizsäcker. Diese Überzeugung ist nicht ganz unbegründet. Denn von den breiszehn Reichstagsabgeord-neten der Weizsäcker-Weizsäcker sind sechs konfessionell, vier sind preussische konfessionelle Handwerker, zwei sind national liberal und einer freikämmerlich. Einen sozialdemokratischen Abgeordneten gibt es in diesem gelobten Land überhaupt nicht. Dafür sind unter den „nationalen Abgeordneten die Herren v. Oldenburg-Jansschau und v. Camp vertreten. Daß Wilhelm II. von diesen Herren verstanden wird, ist be-greiflich.

Am 20. Januar sagte bekanntlich der Abgeordnete für Elbing-Marienburg im Reichstage:

Der König von Preußen und der deutsche Kaiser muß jeden Moment imstande sein, zu einem Zeitpunkt zu sagen: Nehmen Sie zehn Mann und schicken Sie den Reichstag.

„Christlich“ gegen liberal.
Die Marienburger Rede Wilhelms II. ist nicht nur ein Sammelruf gegen die Sozialdemokratie, sondern auch eine scharfe Kriegserklärung gegen den Liberalismus. Bekanntlich teilt Wilhelm II. die deutschen Reichsange-börigen in zwei Gruppen ein, von denen die eine gleich ihm aus himmlischen Instrumenten besteht, die andere aber aus Weiden, die seine rechten Deutschen und seine christlichen Christen sind. Nun ist die Unabhängigkeit des Staatsbürgerrechts vom religiösen Bekenntnis der oberste Grundsatz des Liberalismus, der auch in der preussischen Verfassung zum Ausdruck gelangt ist. Wilhelm II. revidiert aber die preussische Verfassung nach rückwärts, indem er allen Deutschen, die nicht echte Christen in seinem Sinne sind, die Gleichwertigkeit mit den deutsch-christlichen Himmelsinstrumenten abspriht. Trotzdem ist der Protest der Berliner liberalen Presse gegen diese völlige Negation liberaler Grundfälle bis jetzt recht schwachmächtig. Nur die Volk. Zg. rafft sich zu einem Protestartikel auf, der in der Feststellung gipfelt:

„Christlich“ gegen liberal.
Die Marienburger Rede Wilhelms II. ist nicht nur ein Sammelruf gegen die Sozialdemokratie, sondern auch eine scharfe Kriegserklärung gegen den Liberalismus. Bekanntlich teilt Wilhelm II. die deutschen Reichsange-börigen in zwei Gruppen ein, von denen die eine gleich ihm aus himmlischen Instrumenten besteht, die andere aber aus Weiden, die seine rechten Deutschen und seine christlichen Christen sind. Nun ist die Unabhängigkeit des Staatsbürgerrechts vom religiösen Bekenntnis der oberste Grundsatz des Liberalismus, der auch in der preussischen Verfassung zum Ausdruck gelangt ist. Wilhelm II. revidiert aber die preussische Verfassung nach rückwärts, indem er allen Deutschen, die nicht echte Christen in seinem Sinne sind, die Gleichwertigkeit mit den deutsch-christlichen Himmelsinstrumenten abspriht. Trotzdem ist der Protest der Berliner liberalen Presse gegen diese völlige Negation liberaler Grundfälle bis jetzt recht schwachmächtig. Nur die Volk. Zg. rafft sich zu einem Protestartikel auf, der in der Feststellung gipfelt:

die irische Partei innerhalb eines Monats durch ruhe- und schafflose Opposition jede Regierung verlagern, die sich schloffen Verträgen schuldig wäre. Und die liberale Partei selbst würde im liberalen schiedlich die Sprache des liberalen Militärs. Die Arbeiterpartei hat sie an eine etwas mildere Behandlung gewöhnt, ohne Dazufür zu ernten.

Portugal. Die Wahlen.

Lissabon, 30. August. Die bis jetzt fehlenden Wahlergebnisse scheinen im Grunde eine Niederlage der Regierung zu bedeuten. Die Republikaner gewinnen zehn Abgeordnete allein in Lissabon; insgesamt dürften sie 50 Mandate erhalten. Dies zeigt sehr fest, daß der Oppositionsblock 69 Deputierte gewann. Am 31. August von Lissabon erhielten die Republikaner 419 Stimmen, während die Regierungspartei 1027 und der konservativste Block nur 829 erhielten. Zum Weibgebiet von Lissabon wurden 1074 republikanische Stimmen abgegeben, die Regierung erhielt 928, der konservativste Block 416. Auch in Lissabon, wo viele Sozialdemokraten wohnen, fiel den Republikanern die Majorität zu.

Der Streit in Bissau

beht sich immer weiter aus. Neuerdings haben sich die Arbeiter und Publizisten mit den ausländischen Eisenarbeitern solidarisch erklärt und ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Die Arbeit auf den Kaas ist infolge dessen vollständig lahmgelegt.

Türkei.

Die türkischen Rüstungen

und militärischen Vorbereitungen an der griechischen Grenze werden, der Ruff. Na. zufolge, in aller Eile fertiggestellt. Gegebenen Batterien Schnellfeuergeschütze, die angeblich zu Lebnungszwecken nach Maritima geschickt wurden, gehen gleichfalls an die Grenze weiter. Der Kommandeur des dritten Armeekorps hat das gesamte Offizierskorps benachrichtigt, daß Urlaubsgesuche unzulässig seien.

Montenegro.

Ein guter Anfang.

Das drei Fuß breite Balkanlänchen schwebt in diesen Tagen in Festesfreude, weil der Fürst Nikolaus am 28. August, am Tage seines fünfzigjährigen Regierungsjubiläum, der Welt das lächerliche Schauspiel bot, sich zum König „erheben“ zu lassen. In die „Ausbeistimmung“, die in Cetinje herrschte, ist nun plötzlich ein fröhliches Wiffen gekommen. Zwei in Westlich verhaftete Montenegriner, Stefan Kostobajewitsch und Stano Marimios, die dort ein Protokollat auf den montenegrinischen politischen Rüstung Major Nicolae Nitovic vertrieben, haben eingestanden, daß die montenegrinische Regierung sich um 25 000 Frank zum Worde gebunden hat. (1) — Solche Kleinigkeiten, die Wahrheit der schweren Beschuldigung vorausgesetzt — können natürlich der neuen Würde Nikolaus I. als König nicht den geringsten Abbruch tun. . . .

Aus der Partei.

„Sozialdemokratischer“ Tanzunterricht.

Einem kühnsten sozialdemokratischen Komplotz ist die Regierung von Schleswig auf die Spur gekommen. In der Schleswig-Dollmetschischen Landpost, dem Organisationsblatt der schleswig-holsteinischen Genossen, ist darüber folgendes zu lesen: Das Auge der Regierung warb, die sie ist entschlossen, dem sozialdemokratischen Komplotz in der energischsten Weise entgegenzutreten, ja, wenn es sein muß, auch die gesamte bewaffnete Macht gegen — rote Tanzlehrer mobil zu machen. Wie ernst es ihr damit ist, das geht aus folgendem Erlaß der Regierung in Schleswig hervor, den uns ein vaterlandslieferer Wind auf den Rebattonstisch geweht hat:

22. Januar 1910. Schleswig, 7. Januar 1910.
N. Nr. 116.
Zu den Verboten vom 29. 10. 06 — 6906 I und vom 23. 12. 07 — 3443 Ia.

Unter Wegnahme auf obige Verdicte ersehen wird erbehalten um Vernehmung, ob und gegebenenfalls welche auf Tatsachen gestützten Gründe für die Annahme vorliegen, daß die Sozialdemokratie nunmehr auf dem Wege der Erteilung von Tanzunterricht Einfluß auf die Schuljugend zu gewinnen sucht.

Frage es mit Hilfe der Wähler unserer weisen Regierung gelingen, das neue, unsagbar entsetzliche Tanzkomplotz der „Ebenen“ zu unterbinden. Das ist der heiligste Wunsch aller staatsverehelichen Elemente . . .

Liebesdienste für den Hängezaren.

Der blutige Nikolaus, Rußlands gekönter Senker, besudelt gegenwärtig durch seine Anwesenheit in Friedberg deutschen Boden. Nachdem der Zammereich, verlorat von den gespenstigen Schatten der Zehntausende, die mit seinem Willen hingemordet wurden, alle Schreden einer Eisenbahnfahrt hinter sich hatte, hat er endlich auf Schloß Friedberg, besüßigt und besüßigt von russischen und borsifischen Leiwächtern, uniformierten und geheimen Polizisten, Polizeibanden und dem ganzen staatlichen Sicherheitsapparat, Station gemacht. In Friedberg wimmelte es von russischen Gendarmen und Spionen, die dort schlachten und morden, als wenn sie in Rußland wären. Ein geradezu widerwärtiges und abstoßendes Schauspiel bietet aber die Art und Weise dar, mit der die deutschen Behörden um „Wäterens“ Wohl und Wehe besorgt sind und vor ihm liebedienen. Fast noch beschämender aber ist die Tatsache, daß solche Demütigungen, denen dabei das deutsche Volk ausgesetzt ist, im 20. Jahrhundert noch möglich sind! Daß die unermesslichen Kriegereine die Entfuge stellen und den Hängezaren mit Gurra begrößen, ist bei dem Charakter dieser Bereitwilligkeit etwas ganz Selbstverständliches. Nicht unmaßgeblich klingt auch die hübsche Meldung der Frankf. Kleinen Presse, daß die poltererbundenen Feuerwehr- und Kriegereine, sowie das Militär mit abgewandtem Gesicht Aufstellung nehmen mußten! Natürlich war die Begrüßung des russischen Diktators „eine stürmische“, und das Publikum brachte ihm „begeisterte Ovationen“ dar, wie bürgerliche Verleumdungskatzen gehört haben wollen. Warum auch nicht — an neuerartigen Gassen und Straßenspektakeln fehlt es ja bei jeder Gelegenheit. — Daß dem gekönten Mannchen sonst kein Schaden widerfahren konnte, dafür hatte man angehängt geloggt. Das Zpalier der Gaffer war von Militär angefüllt, die mit Gewehren und doppelten Patronenladungen ausgerüstet waren. Zwischen den Reihen petrouillierten je zwei Genarmen mit Gewehren. Die borsifische-russische Polizei war lieberhaft tätig. Ein bestrenker junger Mann, der in einer Wirtschaft „Probungen“ gegen den Baren ausgehoben haben soll, wurde sofort festgenommen.

Am Montag abend wurde in Bad Nauheim ein Ruffe, Marzblitz, verhaftet, weil er im Verdacht sthe, Anarchist zu sein. Angeblich soll sich Nauheim nicht haben ausweisen können, weshalb man ihn der politischen Polizei überwies.

Deutschland ist also während der Anwesenheit des Baren nun vollends zu einer russischen Provinz geworden, in der sich dem Wohl und dem Schutze des gekönten Senkers alles andere unterzuordnen hat. So wird aus Friedberg gemeldet, daß dieses Vorzeichen für dortige Wirtschaftskreise auch mehrfach wirtschaftliche Nachteile im Gefolge hat, die nicht gerade „freundliche Gefühle“ aufkommen lassen. Die Geschäftskreisenden, die vor die Wahlen der Winterferien die Hauptbeinhaber des hiesigen Hotels waren, sind ausgeblieben, weil sie nicht einer häufigen Beobachtung und Untersuchung ihrer Koffer ausgesetzt sein wollen. Auch in Bad Nauheim dürfte der Besuch nicht so groß sein, wie im letzten Jahre, da viele russische Familien fernbleiben, um nicht das Gefühl zu haben, unter Beobachtung zu stehen.

Man kann sich demnach einen unfernen Begriff von der „Vogelierung“ machen, die nach bürgerlichen Meldungen unter der Bevölkerung von Friedberg herrschen soll. — Die Liebedienerei und Schmeichelei vor dem Senker von Gottes Gnade werden aber für immer gleich einer unumkehrlichen Schmach auf Deutschland ruhen und es in der Achtung der übrigen Welt nur noch weiter herabsetzen.

Zum Reichstags-Wahlfonds.

Nauherg. Extratur beim Kränzchen des Männergelandvereins 215 Mark.
Langenberg. Nebenunterhaltung der freien Turner im Kollimo 387 Mark.
Reichshaus. Weil der Humorist es konnte von St. 085, Extratur vom Arbeiter-Zunverein Reichshaus in Wandersberg 435, auf Sammeltheil Nr. 801 508, Nr. 822 436 Mark.

Quittung.

Reichshaus. Für Parteibeitrag: 50 Mk

Allerlei.

Die Anklage gegen die Polizeiaffidavit.

Auf die von der Stuttgarter Stadtverwaltung gegenüber Vertretern und in geheimer Sitzung gegenüber den Stadtverordneten über die frühere Polizeiaffidavit in der die Anklage erhoben Anklagen erlangt diese eine öffentliche Erklärung, in der sie unter Berufung auf das Zeugnis höherer Stuttgarter Gemeindebeamten und die in dem Disziplinerverfahren gegen sie geführten Affidavit Anklagen als unmaß nachweist. Die Erklärung schließt mit den Worten:

„Der Gang der Untersuchung, für die Anklageaffidavit ist, daß von Herrn Dr. Albert eine Bezeichnung der von mir beantragten Entlassungszugungen abgelehnt wurde, berechtigt zu der Annahme, daß die Untersuchung einseitig und partiell geführt wurde, zu dem Zweck, mich aus dem Amt zu drängen, da man nicht wollte, meine von der Zeitung veröffentlichte Erklärung, von der Anklageaffidavit, jedoch als einseitig empfunden eine Zulassung als Grund der Abmündung eines Beamten zu müssen. Daß der Stadtverwaltung nicht nur meine Zulassung, sondern auch das Amt einer Polizeiaffidavit als solches fähig geworden ist, geht aus daraus hervor, daß sie seit über Jahresfrist eine Polizeiaffidavit nicht mehr angeht.“

„Christlich im Wandel, ehrlich im Wandel“

Dieser Spruch, der im Bureau des vor Jahren vertriebenen Wandhändlers Ter Linden in Oberhausen zu lesen war — ist auch der „Leitungs“ seines neuesten Nachfolgers, des Direktors Ohm von der Niederbayerischen Bank in Dortmund gewesen. Natürlich war dieser ein prominentes Mitglied der ersten Reichsfeldschicht am Ort. Diese Kreise zeichnen sich bekanntlich überall dadurch aus, daß sie der Zummelpfad von Mühen und Schiedern sind. — Die schändliche Betrugsbildung ist insofern schon wieder von einem neuen Fall, wo zahlreiche namhafte Leute das Opfer eines gewissen „Krommen“ geworden sind: In Gesecht bei Kaufhausen erregt ein finanzieller Zusammenbruch großes Aufsehen. Heller das Vermögen des Hiesigen bekümmert und Baumtenschmerz D. Welche ist der Summe des Verlustes, und dabei hat sich herausgestellt, daß 20 bis 40 000 Mark Anderer nur etwa 1% Prozent Affidavit gegenüberhaben. Welche hat schon seit Jahren eine umfangreiche Wechselkreiere betrieben; die Wechselschulden betragen allein über 80 000 Mark. Eine ganze Anzahl kleiner Leute verlieren ihre ganze Gabe. Welche hatte sich durch seinen außerordentlich fröhlichen Lebenswandel, das die blühende Vertrauen seiner Mitbürger erworben. Das ging so weit, daß man ihm fertig unterzeichnete Blankowechel gab, die er im Bedarfsfälle einfach mit beliebigen Bahnen ausfüllte. — Man hebt wieder, mit der Nase der Fremdenheit lassen sich die Dummheit immer noch erfolgreich einfangen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Überfahrt, Parteipolitiken Paul Sennig, für Ausland, Gemeinlichkeits, Feuilleton und Vermischtes Karl Wad, für Lokales, Provinziales und Verammlungsberichte Otto Niebuhr, sämtlich in Halle.

Verehrliche

Salem Aleikum-Raucher!

Durch Verbilligung der Verpackung, sowie durch beiderseitige Übernahme der Rohlabakmehrkosten durch Fabrikant und Händler wird die

Salem Aleikum-Cigarette in der alten berühmten Qualität

zu folgenden Preisen weitergeliefert:

Nr. 312 4 5 6 8 10

312 4 5 6 8 10 Pfg. d. St.

Orient-Tab.-u. Cigaretten-Fabr. YENIDZE Inh. Hugo Zietz, Dresden.

Neue Neue Neue Damenkleiderstoffe Damenhüte Damenkonfektion

in staunenswerter Mannigfaltigkeit und zu anerkannt billigsten Preisen.

Spezialität: Seidenstoffe für Brautkleider

Besonderes Angebot:

Ein grosser Kleider-Cheviot
Posten prima

schwarz und farbig
105-108 cm breit
1³⁵ Meter Mk.

Geschäftshaus

J. LEWIN

Halle a. S.
Marktplatz 2 und 3.

BÄR^s Geschäfts- Uebertragung

Der aussergewöhnliche Verkauf beginnt Donnerstag d. 1. September.

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.

Heute Mittwoch 5 Schluss-Kämpfe 5!

Roaul le Roan, Frankreich,	gegen	Mourtzuk, Marokko.
Mamutow, Kosak		Herrmann, Berlin.
Lobmeier, Steiermark		Sabatier, Frankreich.
Nitschke, Weltmeister im Lechtgewicht,		Lobmeier, Steiermark.
Mourtzuk, Marokko,		

Hierauf Preisverteilung!
Preise: 1800.—, 1200.—, 900.—, 700.—, 400.—.
Beginn der Kämpfe 9 1/2 Uhr.

Kurze Zeit!
Morgen, Donnerstag, d. 1. September 1910, 8 Uhr abends:
Grosse Gala-Premiere.
Paul Lincke persönlich am Dirigentenpult.

Halloh!

Die grosse Revue!

Von Julius Freund. Musik von Paul Lincke.
In Scene gesetzt von Direktor Fritz Steidl.
Hauptdarsteller: Else Hera, Grete Grahenhorst, Klara Wittenberg, Flora Franke, Dir. Fritz Steidl, Eugen Schulenberg, Hugo Wieser, Kurt Reising etc.

Corps de Ballett: 30 Damen!
3 grosse Balletts 3.

1. Holländischer Baby-Tanz.
2. Luxus-Ballett.
3. Grosses Finale „Silber“!

Eine noch nie gezeigte, überwältigende Pracht an Kostümen, Ausstellung und Licht-Effekten.
Die gesamten neu angefertigten Kostüme aus dem Atelier „Theaterkunst“, G. m. b. H., Berlin.

Die neuen Dekorationen sind aus dem Atelier Georg Hartwig & Co., königliche Hoflieferanten, Charlottenberg.

- I. Bild: Es liegt was in der Luft.
- II. Bild: Im Rosengarten.
- III. Bild: Ein Schönheitsabend.
- IV. Bild: Im Bouillonkeller.
- V. Bild: Auf der Rennbahn.
- VI. Bild: Das Fest des Weltfriedens.

Tageskasse von 9 Uhr bis 6 Uhr abends im Zigarrengeschäft Arno Sturm, neben dem Walhalla-Theater.

Preise der Plätze: Loge 2.30, I. Rang nummeriert 1.75, I. Rang unnum. 1.20, Sperrsitz 1.40, Parkett 0.85, II. Rang 0.40.

Sämtliche Preise einschliesslich der städtischen Billettsteuer.

Reste

für
Blusen, Röcke und Kinderkleider,
welche in grossen Mengen vorhanden sind,
werden heute und folgende Tage
zu aussergewöhnlich billigen Preisen
verkauft.

Hönicke,

am Leipziger Turm.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Soziald. Verein, Hohenmölsen

Sonntag den 4. September, nachm. 3 Uhr,
im „Gasthof zur grünen Aue“:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom Krupstag. 2. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen aller Genossen u. Genossinnen erwartet.
Der Vorstand.

Gewerkschafts-Kartell, Zeitz.

Freitag den 2. September abends 8 1/2 Uhr bei Foustel, Zeitzgaststätte.

Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Taucha.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgen. Deutschl., Zahist. Taucha u. Umg.

Sonntag den 4. September nachmittags 3 Uhr im Gasthof des Herrn Emil Dose in Taucha:

Öffentl. Maschinisten- u. Heizer-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Maschinen- und Kesselpersonals und wie verbessern wir dieselben? Referent: Kollege Pickardt-Berlin. 2. Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen nicht entgegen.
Der Vorstand.

Zur „Sedan-Feier!“

Jena oder Sedan.

Roman von Adam Beyerlein.

Preis 2.00 Mk., gebunden 3.00 Mk. (740 S. stark.)

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Lumpen, Knochen, Papier, Eisen, Metall, Gummi, Leinwand, etc. etc. etc.
Albert Kodesch, Gr. Klausstr. 22. Antiquar-Verkauf
Volksbuchhandl., Harz 42/43. empfiehlt

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.

Carl Schmik

kommt!
Wo wird im September am meisten gelacht?
Schwiegervater & Co.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.

Gastspiel des „Berliner Schauspiel-Ensembles“.

Heute zum letzten Male:
Prinz u. Bettlerin.
Romant. Militärchaubiel in 4 Akten von W. Howard.

Merseburg.

Arb.-Radf.-Bund
Gau 17.

Sonntag d. 4. Sept. in der „Kaiser Wilhelmhalle“ zu Merseburg:

Öffentliche Bezirks-Versammlung.

Thema: Bericht vom Bundesstag.
Alle Vereine sowie sämtliche Sportvereine werden hiermit freundlichst eingeladen.
Paul Bauer, Bezirksleiter.

Vereinigter Turnverein, Theissen.

(Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes).
Sonntag den 4. September 1910

Ballmusik.

Abends 9 Uhr: Aufführung eines Fackel-Reigen sowie Muster- Riegen - Turnen.
Hierzu ladet Fremde und Gönner herzlich ein.
Der Vorstand.

„Bierhalle“, Eisleben.

Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr:
Großes Garten-FreKonzert
der gefamten Kapelle des Direktors Böhnert-Mansfeld.
Bei ungünstiger Witterung im Saale.
Es ladet freundlichst ein
Petri.

Geiststrasse 42.

In Berendorffs billigen Verkauf kommen nun die Winterwaren zu enorm billigen Preisen zum Verkauf. Wollene und halbw. Kleiderstoffe, Zuanenjacken, Jagdwesten, Kapotten.
Die Schneiderkute ist noch in Betrieb.
Angefragt werden:
Morgenröcke, Kleider wie bekannt billig.

Anch unter den neuen Steuerverhältnissen liefern wir nach wie vor anständige Zigarren und Zigarotten.

Paul & Max Drietchen

Wörmiltzerstr. 109. en gros, en detail. Merseburgerstr. 48.

Empfehle für Donnerstag
1a. kernigen Schmeer von frischer Schlachtung
à Pfund 75 Pfennig.

Paul Bauermann, Marktplatz 20.

Telephon 1223.

Germania-Theater, Reilstr. 133.

Heute, Mittwoch, neues Programm.
Alle Vorzugsorte gültig.

Sozialdem. Verein, Wühlitz.

Sonntag den 4. September nachmittags 3 Uhr im Volke des Herrn Schurz

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht vom Kreisstag.
2. Diskussion über die vom Reichsverband verteilten Flugblätter in unserem Bezirk, und Verschiedenes.
Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Beide Volksblatt-Anträge müssen zur Stelle sein.
Der Vorstand.

Zentralverbd. d. Schuhmacher Dtschl.

Zahlstelle Weissenfels.

Donnerstag, den 1. Septemb., abends 8 Uhr im „Volkshaus“ (Wintergarten)

Branchen-Versammlung der Zuschneider.

Zeitlich und räumlich Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. J. G. n. e. — Druck der Halle'sch. Genossensch. Buchdruck. (G. G. m. b. H.). — Verleger: vorm. Aug. Groh, jetzt A. Jähniq. — Sämtl. i. Halle a. S.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 204

Halle a. S., Donnerstag den 1. September 1910

21. Jahrg.

Donnerstag den 1. September abends 6 1/2 Uhr
(nach Beendigung der Arbeitszeit) im „Volkspark“, Burgstraße 27:

Protest-Versammlungen.

Tageordnung:

1. Absolutismus und Demokratie.
2. Lebensmittelwucher und Fleischnot.

Referenten: Reichstags-Abgeordneter Adolf Albrecht und Redakteur Paul Hennig-Halle.

Es ist unbedingte Pflicht aller Genossen und Genossinnen, nicht nur selbst zur Stelle zu sein, sondern auch für Massenbesuch der Versammlungen zu agitieren.

Der Einberufer. J. A.: Karl Reiwand, Harz 42/43.

Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.

Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.

Die Internationale.

2. Internationaler sozialistischer Kongress.

(Telegraphischer Bericht.)

(Nachdruck verboten.)

O. B. September, den 30. August 1910.

Internationales sozialistisches Bureau.

Einmütig angenommen wird eine Resolution für Frankreich, die die Unterstützung einer Einigung herbeiführen wollen, aber die sozialistische Partei hat das abgelehnt; sie hat uns gewarnt, daß sie nur individuell mit jedem einzelnen von uns verhandeln könne. Wenn man der amerikanischen Arbeiterpartei die Stimmen im Bureau nähme, so könnte man die sozialistische Partei in Amerika, die im Einklang mit den Beschlüssen der Internationale arbeitet. Der Statusquo muß aufrecht erhalten werden.

Die amerikanische Frage.

Die sozialistische Arbeiterpartei Amerikas: Die sozialistische Arbeiterpartei hat auf Grund der Stuttgarter Resolution eine Einigung herbeiführen wollen, aber die sozialistische Partei hat das abgelehnt; sie hat uns gewarnt, daß sie nur individuell mit jedem einzelnen von uns verhandeln könne. Wenn man der amerikanischen Arbeiterpartei die Stimmen im Bureau nähme, so könnte man die sozialistische Partei in Amerika, die im Einklang mit den Beschlüssen der Internationale arbeitet. Der Statusquo muß aufrecht erhalten werden.

Die amerikanische Arbeiterpartei hat nur 2 Prozent unserer Mitgliederzahl. Das Bureau hat nicht die moralische Macht, dieser Arbeiterpartei einen Kreditbrief auszustellen, auf Grund dessen sie ihre sozialistische Bewegung Amerikas schädigende Schritte fortsetzen kann.

Was die amerikanische Arbeiterpartei anbelangt: Wenn wir den Statusquo für die Amerikaner brechen, können wir ihn auch für andere Länder nicht bestehen lassen. Wir können auch nicht nur nach den bei den Wahlen abgegebenen Stimmen urteilen, so haben s. B. die russischen Sozialrevolutionäre, die in der zweiten Duma 40 Mitglieder hatten, in der dritten Duma gar keinen Vertreter. Darum können wir ihnen doch nicht die Vertretung im Internationalen Bureau nehmen. Ich bin für Aufrechterhaltung des Statusquo. — Nach weiterer Debatte wird der Vorschlag, den Statusquo (bestehenden Zustand) aufrecht zu erhalten, abgelehnt und der Vorschlag angenommen, der sozialistische Arbeiterpartei nur eine Stimme auf dem Kongress zu geben.

Die englische Vertretung im Bureau.

Während die gibt eine Eingabe der Mitglieder der englischen sozialdemokratischen Partei (S. D. P.) bekannt, in der sie gegen ihre Ausschließung aus dem Bureau protestieren. Es sei nötig und selbstverständlich, daß die S. D. P. einen Vertreter habe. In der englischen Section müßten drei selbstständige Untersektionen anerkannt werden. Die S. D. P. (Arbeiterpartei), die S. D. P. (unabhängige Arbeiterpartei) und die S. D. P.

Der Herr Sarrat: In England bestehen wirklich drei selbstständig getrennte selbständige Organisationen: Die S. D. P. und die S. D. P. als sozialistische Parteien und die S. P. als eine Zusammenfassung von Partei und Genossenschaften. (Caudat ruft: Nicht sozialistische Genossenschaften.) Die Genossenschaften und die S. P. haben sich auf Grund der Stuttgarter Beschlüsse geeinigt: die S. D. P. aber ist ihre

eigenen Wege gegangen. Sie darf sich also nicht über Zurücksetzung beklagen. Sarrat beantragt Zurückverweisung an die englische Section. Der internationale Sekretär zusammen erklärt, die Frage der englischen Vertretung sei nun schon zum dritten Male beraten worden. Endgültig sei in Stuttgart beschließen worden, daß England drei Vertreter habe. Auch Caudat spricht sich für die Zurückverweisung an die englische Section aus, die alsdann einmütig beschließen wird.

Deutsche Delegation.

Die deutsche Delegation hielt am Dienstag ihre zweite Sitzung ab. Kommissionsbeschlüsse, zu denen Stellung genommen werden könnte, liegen noch nicht vor. Richard Fischer fragt an, ob sich in der Genossenschaftsfrage Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Delegierten herausgestellt haben. v. Elm: Solche Differenzen sind vorhanden und werden sich nicht von heute auf morgen beilegen lassen. Die Beschlüsse der Kongresse sind immer Kompromißbeschlüsse und auch in dieser Frage wird es wohl zu einem solchen Kompromiß kommen. Wurm: Meine Anschauungen zur Genossenschaftsfrage sind durchaus anders als die Elms, wir werden uns aber doch wohl auf eine gemeinsame Resolution einigen. Die Delegation scheidet darauf von einer weiteren Besprechung ab.

Die deutsche Delegation hielt am Dienstag ihre zweite Sitzung ab. Kommissionsbeschlüsse, zu denen Stellung genommen werden könnte, liegen noch nicht vor. Richard Fischer fragt an, ob sich in der Genossenschaftsfrage Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Delegierten herausgestellt haben. v. Elm: Solche Differenzen sind vorhanden und werden sich nicht von heute auf morgen beilegen lassen. Die Beschlüsse der Kongresse sind immer Kompromißbeschlüsse und auch in dieser Frage wird es wohl zu einem solchen Kompromiß kommen. Wurm: Meine Anschauungen zur Genossenschaftsfrage sind durchaus anders als die Elms, wir werden uns aber doch wohl auf eine gemeinsame Resolution einigen. Die Delegation scheidet darauf von einer weiteren Besprechung ab.

Die deutsche Delegation hielt am Dienstag ihre zweite Sitzung ab. Kommissionsbeschlüsse, zu denen Stellung genommen werden könnte, liegen noch nicht vor. Richard Fischer fragt an, ob sich in der Genossenschaftsfrage Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Delegierten herausgestellt haben. v. Elm: Solche Differenzen sind vorhanden und werden sich nicht von heute auf morgen beilegen lassen. Die Beschlüsse der Kongresse sind immer Kompromißbeschlüsse und auch in dieser Frage wird es wohl zu einem solchen Kompromiß kommen. Wurm: Meine Anschauungen zur Genossenschaftsfrage sind durchaus anders als die Elms, wir werden uns aber doch wohl auf eine gemeinsame Resolution einigen. Die Delegation scheidet darauf von einer weiteren Besprechung ab.

Abstrümpfungs-Kommission.

Da die Subkommission am Dienstag vormittag mit ihren Arbeiten nicht fertig wurde, tritt die Vollkommission erst Mittwoch vormittag wieder zusammen. Die Subkommission verständigt sich nur über die Grundzüge der vorzulegenden Resolutionen. Dem Vorschlag Worgartens, daß man in der Resolution nicht allzu tief liegen und vorläufig alle Strafen auf Reduktion der Heere durch internationale Abkommen zunächst auf die Hälfte konzentrieren solle, traten Kerner-Oesterreich und andere entgegen, die herbeiwünschten, daß bei einem solchen Verfahren die Friedenspropaganda in unerträglicher Weise eingeeignet werden würde. Durch Mehrheitsbeschluss wurde festgelegt, daß die auszuarbeitenden Resolutionen als Einleitung die Feststellung enthalten, daß die Arbeiter aller Länder keine Hoffnungen haben, die zu Kriegen führen könnten, und daß die Rüstungsausgaben zur Vermehrung der direkten Steuern, deren Ausbau der Sozialreform verhängen und die Staaten zum finanziellen Bankrott treiben. Die Resolution soll dann weiter folgende positive Maßnahmen vorschlagen:

Auflösung aller Militärischen und Kriegsgesetze, parlamentarische Anträge auf Aberkennung von internationalen Schiedsgerichten, auf Abrüstung zu Land, Wasser und Luft,

auf Abschaffung des Erbschaftsrechts, Veröffentlichung aller Geheimverträge, Garantie des Bestandes der Staaten, sowie Anträge über die Wille bei drohender Kriegsgefahr.

Dr. Kerner-Oesterreich wird mit der redaktionellen Formierung dieser Angelegenheit wegen der Vollkommission vorzulegender Resolution beauftragt.

Kommission für Genossenschaftswesen.

Die Kommission wählte den Genossen Kerner-Oesterreich zum Vorsitzenden und v. Elm zum Schriftführer. Der Verband (Belgien) begründete die von der belgischen Section vorgelegte Resolution. Die belgische sozialdemokratische Partei habe Genossenschaften und Genossenschaften gegründet und dadurch große Fortschritte gemacht. Sie erkennen die Verhältnisse der Verbände mit anderen Staaten an, verstehen besonders die Entwicklung in Deutschland, wo die Genossenschaften durch das Gesetz verhindert sind, sich der Partei anzuschließen. Aber die Belgier glauben, daß für alle Staaten ihr Vorgehen ein Vorbild sei und daß ihr Beispiel deshalb durch Annahme ihrer Resolution gefördert werden sollte.

v. Elm führte aus: Wir Deutschen halten das belgische Vorgehen für uns nicht für nachahmenswert. In Deutschland sind die drei Bewegungen Partei, Genossenschaft und Genossenschaft getrennt. Bei dem Versuch, Partei und Genossenschaften zu verbinden, würde die Partei zweifellos in eine Abhängigkeit von der Genossenschaft geraten, was sicher nicht im Interesse der Partei gelegen wäre. Es würde außerdem, daß jeder Arbeiter sich verpflichtet fühlt, für alle drei Bewegungen finanzielle und ideale Opfer zu bringen. Die Arbeiter müssen erzogen werden, daß sie die politische Partei nach jeder Richtung zu unterstützen haben, um dieselbe unabhängig und stark zu erhalten. Die Genossenschaften haben ein Interesse daran, alle Konsumvereine ohne politische, wirtschaftliche und religiöse Interessen in sich zu vereinigen, und ihrer Größe ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Genossenschaften soweit wie möglich für die Arbeiterbewegung dienstbar gemacht werden müssen und wenn die Arbeiter das wollen, können sie das auch. In Hamburg s. B. ist die „Produktion“ für die Arbeiterbewegung und für die Arbeiter mindestens soviel, wie die Genossenschaften in anderen Staaten. Sie zahlt keine Rückvergütungen, sondern schreibt die Entlohnung dem Mitgliede gut und verpflichtet ihn, einen Monatslohn zu bilden im Mindestbeitrag von 100 Mk. Das hilft dem Arbeiter in allen schwierigen Situationen, wo beim letzten Quarantenaufstand die Auszahlung hoher Summen an die ausgesperrten bedient. Die Hamburger Genossenschaft geht weiter, sie baut Arbeiterwohnungen und darin Versammlungslokale für die Arbeiter. Sie gibt weiter Mittel für Arbeiterbildungszwecke an die Genossenschaft. Wir wollen gewiß die belgischen Verdienste feinerweise herabheben, aber der Kongress sollte für die einzelnen Länder in Detraction keine bindende Beschlüsse fassen. Es gilt die Diskussion für das gemein zu haben, daß wir getrennt marschieren, aber gemeinsam schlagen können.

Kerner-Oesterreich: Obwohl wir das belgische Beispiel nicht nach Oesterreich übertragen können, stehen wir nicht an die Verdienste der Belgier in hohem Grade anerkennend. Wir haben auf dem Kongress dafür zu sorgen, daß in erster Linie die Arbeiter aufgeföhrt werden, in die Konsumvereine zu gehen, nicht ihres persönlichen Vorteils, sondern der großen Sache ihrer Bewegungen wegen. Woher können wir nicht unseren Konsumvereinen Vorschriften machen, die sich das auch nicht leisten lassen würden. Es ist unmöglich, nach der deutschen demokratischen Resolution zu verlangen, daß die Genossenschaften ein Teil der Arbeiterbewegung sein sollen. Wir müssen zuerst dafür sorgen, daß die Sozialisten in den Konsumvereinen ihren Betreffenden Eingang verschaffen. Dann werden wir auf einem späteren Kongress auch weitergehen können.

Glück-Oesterreich ist mit Elm einverstanden. In Frankreich war die Genossenschaft von der Partei gegründet, daher ist die Entwicklung in Frankreich eine andere wie in Belgien.

